

Deutsche Übersetzung erfolgte durch Pro Schweiz.

[WAPPEN]

KOMMISSION ÜBER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

27. Juli 2023

An Minister Antony Blinken
Aussenministerium
2201 CSt NW
Washington, D.C. 20037

An Ministerin Janet Yellen
Finanzministerium
1500 Pennsylvania Ave NW
Washington, D.C. 20220

Sehr geehrter Herr Minister Blinken, sehr geehrte Frau Ministerin Yellen,

Wir wenden uns an Sie, um Sie aufzufordern, dass sichergestellt wird, dass die Vereinigten Staaten drei Schweizer Staatsangehörige wegen ihrer Beteiligung an der Verschleierung des von Sergei Magnitsky aufgedeckten Steuerbetrugs im Zusammenhang mit Sanktionen nach dem Magnitsky Act überprüfen. Diese Personen haben russischen Staatsangehörigen, die auf der Grundlage des Magnitsky Act sanktioniert wurden, geholfen, wieder Zugang zu Geldern zu erhalten, die ursprünglich im Zusammenhang mit Steuerbetrug eingefroren worden waren, und haben unerlaubte Geschenke und Reisen angenommen, die von russischen Beamten und Oligarchen bezahlt wurden.

Bei diesen Personen handelt es sich um Vinzenz Schnell, Patrick Lamon und Michael Lauber.

Die Ermordung von Sergej Magnitsky im Jahr 2009 kam einem so grossen Unrecht gleich, dass die Vereinigten Staaten 2012 den Magnitsky Act verabschiedeten, um die Täter, d.h. diejenigen, die von seiner Ermordung finanziell profitierten, und ihre Vertreter zu bestrafen. Der Magnitsky Act wurde 2016 zum Global Magnitsky Act erweitert, um alle Personen erfassen zu können, die in ausländische Korruption und Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind.

Seitdem wurde eine Reihe von Personen von der US-Regierung sanktioniert, darunter Olga Stepanova (die Finanzbeamtin, die die illegale Steuerrückerstattung in Höhe von USD 230 Millionen genehmigt hatte), ihr Ehemann Vladlen Stepanov und Dmitry Kluyev, der Kopf der organisierten kriminellen Vereinigung Kluyev, die die von Sergei Magnitsky aufgedeckte betrügerische Steuerrückerstattung organisiert hatte. Diese Personen wurden auch von unseren Verbündeten sanktioniert (unter anderem von Kanada, dem Vereinigten Königreich und Australien).

Von 2011 bis 2013 froren die Schweizer Staatsanwälte Vermögenswerte in Höhe von etwa USD 20 Millionen ein, die mit diesem Betrug in Verbindung standen. Darunter befanden sich auch Konten, die von den sanktionierten Personen Stepanov und Kluyev sowie von einem Sohn des russischen Beamten Denis Katsyv kontrolliert wurden, der über USD 6 Millionen im Rahmen eines vom Justizministerium initiierten zivilrechtlichen Vergleichsverfahren zahlte.

Wir waren entsetzt, als wir erfuhren, dass die Schweizer Bundesanwaltschaft beschlossen hat, etwa 80% des eingefrorenen Geldes diesen russischen Staatsbürger zurückzugeben, darunter auch an die von uns sanktionierten Personen. Diese Entscheidung wurde vom damaligen Schweizer Bundesanwalt Kohler getroffen und vom derzeitigen Bundesanwalt Stefan Blättler genehmigt.

Die Entscheidung, den Straftätern das gestohlene Geld zurückzugeben, wurde von der Schweizer Bundesanwaltschaft unter Wiederholung des falschen Narrativs der russischen Beamten begründet, wobei behauptet wurde, dass in diesem Betrugsfall «keine kriminelle Vereinigung identifiziert» worden sei und dass die Steuerbeamten, die die Rückerstattung genehmigt hatten, «ausgetrickst» worden seien. Diese Erkenntnisse stehen in direktem Widerspruch zu den Erkenntnissen unserer Regierung und vieler unserer Verbündeten. Die Bundesanwaltschaft wiederholte wortwörtlich die Aussagen, die sie von der russischen Regierung erhalten hatte.

Noch beunruhigender ist, dass der leitende Schweizer Ermittler in diesem Fall, Vinzenz Schnell, Bestechungsgelder in Form von Jagdausflügen angenommen hat, die von russischen Oligarchen finanziert wurden. Als der Ermittler verurteilt wurde, enthüllte er, dass er gebeten worden war, die Magnitsky-Untersuchung zu Fall zu bringen. Auch der Schweizer Bundesanwalt Lauber und der leitende Staatsanwalt Lamon nahmen von Russen bezahlte Reisen in Anspruch.

Mitglieder der Helsinki-Kommission haben sich in Bezug auf diesen Fall an die Schweizer Regierung gewandt, die ihnen daraufhin mitteilte, dass die Schweizer Regierung «sich nicht in ein Gerichtsverfahren einmischen könne».

Vor dem Hintergrund von Putins brutalem und unprovokiertem Angriffskrieg gegen die Ukraine ist die Schweizer Regierung bereit, Geld an Kriminelle in Russland zurückzugeben, die von der US-Regierung sanktioniert wurden, und dies zu rechtfertigen, indem sie die falschen Behauptungen über den von der russischen Regierung ausgeheckten Betrug vorbringt und wiederholt.

Im Magnitsky Act sind spezifische Bestimmungen enthalten, um mit Situationen wie dieser umzugehen, auch in Bezug auf die Sanktionierung von Personen, die in Korruption verwickelt sind oder als Vertreter von sanktionierten Personen fungieren, sowie von Personen, die an der Verschleierung der Verantwortung für das Schicksal von Sergei Magnitsky beteiligt waren, unter anderem durch Falscherklärungen über das betrügerische Steuersystem, das er aufgedeckt hatte.

Wir fordern hiermit, dass Sie die oben genannten drei Schweizer Bürger mit Blick auf Sanktionen nach dem Magnitsky Act im Zusammenhang mit dem korrupten groben Fehlverhalten und der Unterstützung von Personen, die von den Vereinigten Staaten sanktioniert wurden, überprüfen.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]

Repräsentant Jo Wilson
Vorsitzender

[Unterschrift]

Repräsentant Steve Cohen
Rangältestes Mitglied